

# Protocoll

über die

## III. ordentliche Vollversammlung

der

Handwerkskammer

für das Herzogtum Braunschweig.

Donnerstag, den 20. November 1902

Vormittags 11 Uhr

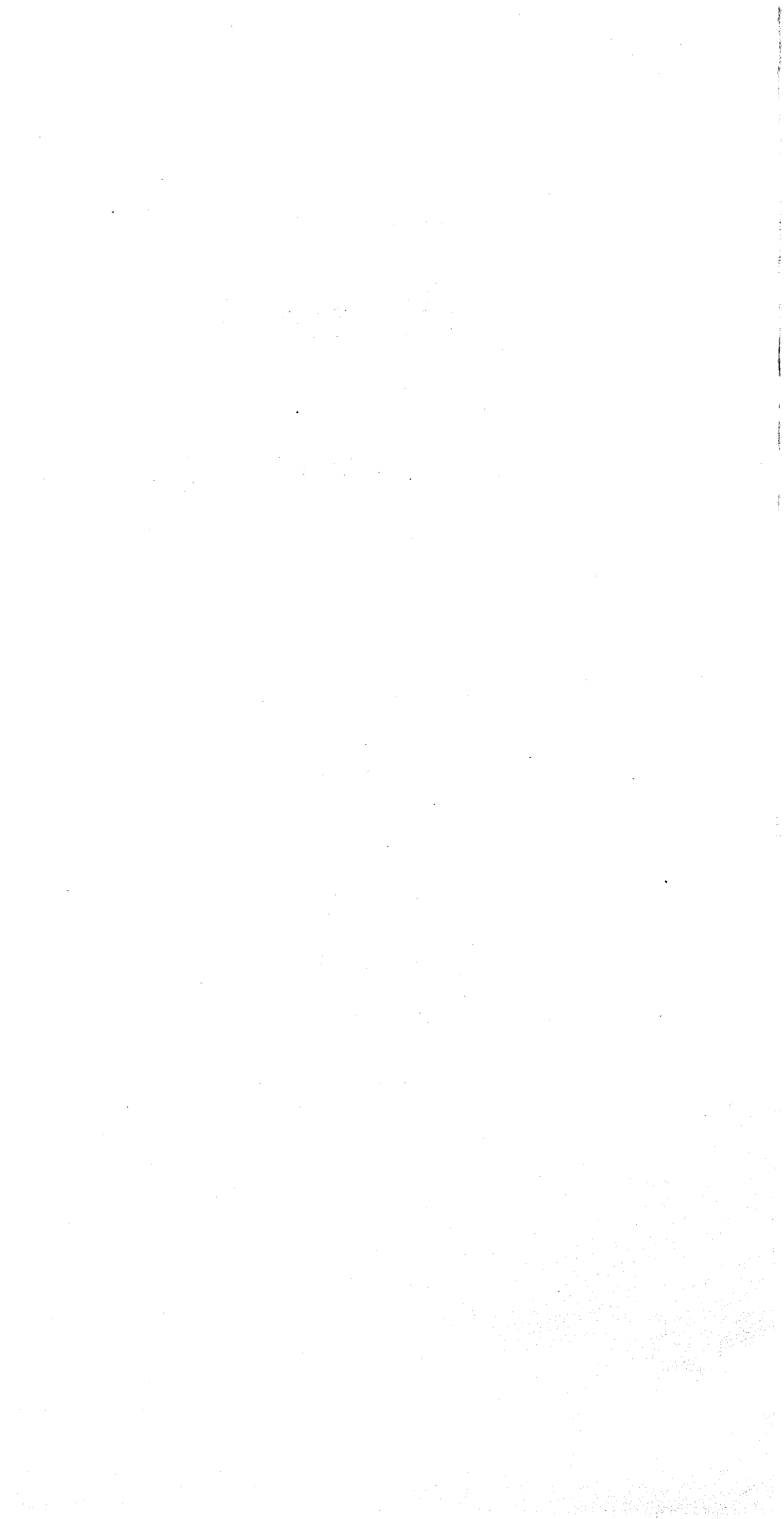
im

„Saale des Gildehauses“

zu

Braunschweig.





## Tagesordnung.

---

1. Geschäftsbericht.
  2. Bericht über den III. Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag zu Leipzig.
  3. Lehrvertrag zwischen Vater und Sohn.
  4. Einschreibgebühr für Lehrlinge von Nicht-Innungshandwerkern.
  5. Abänderung des Statuts der Handwerkskammer.
  6. Ausloosung der mit dem 1. April 1903 ausscheidenden Kammermitglieder.
  7. Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung pro 1901/1902.
  8. Haushaltsplan pro 1902/1903.
  9. Neuwahlen:
    - a) des Ausschusses für das Lehrlingswesen.
    - b) des Rechnungsausschusses.
    - c) des Berufungsausschusses.
  10. Handwerksbote betr.
  11. Diplom für langjährige Tätigkeit in ein und demselben Handwerksbetriebe.
  12. Submissionswesen.
- 

Anwesend sind die Herren: Osterloh, Behrens, Maring, Göcke, Wollenweber, Hahn, Burgdorf, Kettler, Vehe, Meyerhoff, Horney, Wolf, Weiss, Berger, Gries, Rhinow, Severit, Limbach und Sprötge, sämtlich aus Braunschweig; Kühne aus Vechelde, Fischer aus Thedinghausen; Kauffmann, Krone mann, Kiehne, Müller, Walterling, Seubert und Staats, sämtlich aus Wolfenbüttel; Cassel aus Schöppenstedt; Geffers, Neddermeyer, Teute, Dressel und Thielemann, sämtlich aus Helmstedt; Meyerhoff aus Königs lutter; Bierberg und Rose aus Gandersheim; Schröder und Krüger aus Seesen; Fricke aus Langelsheim; Freise, Pistorius und Ritterbusch aus Holzminden; Blume aus Stadtoldendorf; Kaulitz, Winnig und Ritzau aus Blankenburg, sowie der Sekretär der Kammer, Assessor Baumgarten. Unentschuldigt fehlt Herr Kleucker aus Braunschweig.

Der Vorsitzende, Herr Osterloh, eröffnet um 11<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden mit etwa folgenden Worten:

„Meine hochverehrten Herren, ich heisse Sie heute herzlich willkommen in unserem neuen Heim der Handwerkskammer für das Herzogtum Braunschweig, im „Gilde-Haus“, zugleich danke ich Ihnen bestens für Ihr Erscheinen, und will wünschen, dass unsere heutigen Verhandlungen zum Wohle und zur Förderung unseres Handwerks ausfallen möchten.

Im Namen der Handwerkskammer möchte ich von dieser Stelle aus allen denen, die dazu beigetragen haben, dass dieses unser neues Heim der Handwerkskammer überwiesen werden konnte, den aufrichtigsten, herzlichsten Dank aussprechen, zuerst unserem hochverehrten Regenten, Sr. Königl. Hoheit, Prinz Albrecht von Preussen, unserem hohen Herzogl. Staats-Ministerium im Allgemeinen und im Besonderen Sr. Excellenz Herrn Wirkl. Geheimrat Hartwig, unserem Regierungs-Commissar, Herrn Regierungsrat Dr. Stegeman, dann dem löblichen Stadt-Magistrat der Stadt Braun-

schweig, Herrn Stadtbaurat Winter, ferner dem Architekten Herrn Rasche für die wirklich gediegene und zweckentsprechende Ausführung und Einrichtung des Gilde-Hauses. Ganz besonders aber meine Herren müssen wir den Herren Vertretern des Handwerks im Stadtverordneten-Collegium dankbar sein.“

Mit einem dreifachen Hoch auf Se. Königl. Hoheit den Regenten, in das die Anwesenden stehend kräftig einstimmen, schliesst die Begrüssungsansprache.

Der Vorsitzende fährt sodann fort:

„Meine verehrten Herren, möge nun unser „Gilde-Haus“ vor allen Dingen zur Hebung und Förderung des Handwerkerstandes die Veranlassung sein, möge dieses Haus die Zusammengehörigkeit der Handwerksmeister in erster Linie stärken, sowie ferner den Handwerksmeistern zur gegenseitigen Hebung der Standesehre, zur Vervollkommnung im praktischen wie auch geschäftlichen Leben dienen, möge es auch eine Stätte bieten für Erteilung von Rat und Tat in allen Fragen des Handwerks.

Selbstverständlich liegt es an uns selbst, alle Mann für Mann zur Erhaltung, Verbesserung und Vervollkommnung unseres so schönen Handwerks, jeder nach seinem Teile, beizutragen, der Beihülfe und Unterstützung unserer Landesregierung sind wir sicher.

Also meine verehrten Herren, lassen Sie uns alle die Fahne des Handwerks hoch halten, dann muss es auch mit dem Braunschweigischen Handwerk, ja mit dem Deutschen Handwerkerstand besser werden. Das walte Gott!“

Der Vorsitzende stellt darauf fest, dass die Versammlung gemäss § 23 der Statuten ordnungsmässig berufen sei, und zwar sowohl durch schriftliche Einladung sämtlicher Kammermitglieder bezw. deren Ersatzmänner, wie auch durch Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen vom 13. November d. Js. Er teilt ferner mit, dass der Regierungs-Commissar der Kammer, Herr Regierungsrat Dr. Stegemann, erst am Nachmittage den Verhandlungen werde beiwohnen können, da er am Morgen durch eine anderweitige Sitzung in Anspruch genommen sei.

Er gibt ausserdem noch bekannt, dass anlässlich der ersten Sitzung im Gildehause nach Schluss der Verhandlungen ein gemütliches Beisammensein der Kammermitglieder stattfinden solle, zu dem auch Se. Excellenz, Herr Wirkl. Geheimrat Hartwig sein Erscheinen zugesagt habe. Gleichzeitig setzt er die Versammlung davon in Kenntnis, dass noch ein als dringlich bezeichneter und mit einer genügenden Anzahl Unterschriften versehener Antrag eingegangen sei, betr. die Auswüchse der Warenhäuser und Konsumvereine. Auf Beschluss der Versammlung wurde derselbe als letzter Punkt der Tagesordnung angegliedert.

Nachdem dann schliesslich die Präsenzliste vom Sekretär zur Verlesung gebracht, wird in die Tagesordnung eingetreten.

## I. Geschäftsbericht.

Derselbe wird vom Sekretär erstattet wie folgt:

„Meine Herren! Die Geschäftstätigkeit der Kammer seit der letzten Vollversammlung war ebenso wie im Vorjahre eine sehr rege. Ich kann mich deshalb nur auf diejenigen von der Kammer zur Erledigung gebrachten Angelegenheiten beschränken, die für Sie zu wissen von Wichtigkeit sind.

Was zunächst die in der letzten Vollversammlung gefassten Beschlüsse anlangt, so sind dieselben noch im Laufe des Monats November vorigen Jahres sämtlich zur Ausführung gebracht.

Die damals eingehend beratenen Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens in Handwerksbetrieben nebst dem zugehörigen Muster zu einem Lehrvertrage, sowie die derzeit vom Plenum angenommenen 4 Muster für Meisterprüfungsordnungen wurden Herzoglichem Staatsministerium zur Genehmigung unterbreitet. Während die ersteren mit einigen Abänderungen bereits unter dem 1. December vorigen Jahres genehmigt wurden, so dass sie unter dem 17. desselben Monats veröffentlicht werden konnten, — in Kraft getreten sind sie mit dem 1. Januar dieses Jahres — haben die Meisterprüfungsordnungen, bevor sie endgültig genehmigt sind, manche Wandlung erfahren, sowohl in sachlicher wie auch redactioneller Hinsicht.

Die eigentlichen Prüfungsordnungen sind zwar schon am 1. März dieses Jahres von Herzoglichem Staatsministerium genehmigt, nämlich in der Form, wie sie kürzlich seitens der Kammer sämtlichen Prüfungscommissaren, Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden, Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Meisterprüfungscommissionen zugestellt sind. Auch die für die einzelnen Handwerkszweige von der Kammer aufgestellten Sonderbestimmungen haben die Zustimmung der Aufsichtsbehörde — eine formelle Genehmigung war für dieselben nicht erforderlich — gefunden.

Dem Beschlusse der Plenarversammlung, dass in jeder Kreisstadt je eine für alle Handwerkszweige gemeinsame Meisterprüfungscommission mit je einem ständigen Vorsitzenden und wechselnden Beisitzern und für vereinzelt dastehende Handwerkszweige nur eine einzige Meisterprüfungscommission errichtet werden möchte, deren Zuständigkeit sich über das ganze Herzogtum erstrecken und die ihren Sitz in einer näher zu bestimmenden Kreisstadt oder in Braunschweig haben sollte, hat Herzogliches Staatsministerium völlig Rechnung getragen. Auch die nach dieser Richtung hin geäußerten Wünsche der Schornsteinfeger- und Perrückenmachermeister des Herzogtums sind erfüllt worden.

Besondere Schwierigkeiten ergaben sich indess, wie schon seinerseit bei Errichtung der Gesellenprüfungsausschüsse, bezüglich der Feststellung der Namen derjenigen Personen, die Herzoglichem Staatsministerium als Mitglieder der Meisterprüfungscommissionen vorgeschlagen werden sollten. Die Kammer war daher vor Anfang März dieses Jahres nicht imstande, der Aufsichtsbehörde geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Gleichwohl konnten mehrere von den vorgeschlagenen Personen aus bestimmten Gründen nicht bestätigt werden. Die durch neue Anfragen entstandene Verzögerung verursachte, dass die Ernennung der Meisterprüfungscommissionsmitglieder erst vor etwa 2 Monaten erfolgen, und demgemäss auch die ersten Meisterprüfungen erst Anfang dieses Monats abgehalten werden konnten. Bisher haben, wie ich noch hinzufügen will, 14 Meisterprüfungen im Kammerbezirke stattgefunden und zwar 8 im Kreise Braunschweig, 3 im Kreise Wolfenbüttel, 2 im Kreise Gandersheim, 1 im Kreise Blankenburg. Für die Anfertigung der künstlerisch ausgeführten Meisterbriefe hat Herzogliches Staatsministerium eine Beihilfe von 500 Mark gewährt.

Der in voriger Vollversammlung von Herrn Wolf gestellte Antrag, den Gewerbebetrieb im Umherziehen betr., wurde laut Plenarbeschluss ohne jede nähere Begründung Herzoglichem Staatsministerium zur Kenntnisnahme eingereicht. Es erging darauf der Bescheid, dass der Antrag in der gewählten Form unausführbar wäre, und die gewünschte Abänderung des § 55 der Reichsgewerbeordnung demgemäss nicht befürwortet werden könnte.

Auch auf die an Herzogliches Staatsministerium gerichtete Eingabe, betr. den Antrag der hiesigen Bäckerinnung, es möchten die Brotträgerinnen nicht als Gewerbegehülfen im Sinne des Braunschweigischen Gewerbebesteuergesetzes angesehen werden, erfolgte eine abschlägige Antwort, die damit begründet war, dass dem Antrage nur durch Abänderung des genannten Gesetzes entsprochen werden könnte, zur Zeit indess dafür ein hinreichender Anlass nicht vorläge.

Gegen die Einstellung eines jährlichen Beitrages von 300 Mark in den Haushaltsplan der Kammer behufs Verwendung für den Stipendienfonds wurde eine Einwendung seitens der Aufsichtsbehörde nicht erhoben; ebenso genehmigte dieselbe, dass für das Rechnungsjahr 1901/02 ein einmaliger Betrag von 1300 Mark aus der Kasse der Handwerkskammer in den genannten Fonds überführt wurde, und leistete selbst eine Beihilfe zu demselben in Höhe von 1000 Mark. Da auch sonst, wie hier gleich bemerkt werden mag, dem Stipendienfonds aus den Kreisen der Handwerker sowohl, wie auch von Privatpersonen, insbesondere Fabrikanten, im Laufe des Jahres Gelder zugeflossen sind, so ist derselbe zur Zeit bis zur Höhe von 4539,32 Mark angewachsen.

Einem weiteren Kammerbeschlusse gemäss wurde die Angelegenheit bezüglich der zu gründenden Meister-Kranken- bzw. Sterbekasse soweit gefördert, dass vorläufig die nunmehr als „Krankenunterstützungskasse — a. G. — der selbständigen Handwerksmeister im Herzogtum Braunschweig“ bezeichnete Kasse am 1. Juli dieses Jahres ihren Geschäftsbetrieb eröffnen konnte. Soweit ich unterrichtet bin, sind bis jetzt etwas über 200 Handwerksmeister dieser Kasse beigetreten. Ich möchte an dieser Stelle nicht unterlassen,

darauf hinzuweisen, dass die Handwerkskammer für das Herzogtum Braunschweig zur Zeit als die einzige von sämtlichen Handwerkskammern dasteht, auf deren Anregung eine derartige Wohlfahrtseinrichtung getroffen ist, und dass sie dieserhalb auch schon oft von anderen Handwerkskammern, die ihrem Beispiele nacheifern wollen, um Ueberlassung der betr. Statuten angegangen ist.

Was schliesslich die in Aussicht genommenen Meisterkurse anlangt, deren Einführung ebenfalls vom Plenum beschlossen war, so hatte Herzogliches Staatsministerium hierfür eine Beihilfe von 2400 Mark bewilligt. Zum grossen Bedauern des Vorstandes hat jedoch bisher nur ein Meisterkursus für Schneider in der Zeit vom 12.—22. August dieses Jahres abgehalten werden können, der allerdings recht eifrig besucht und für die Teilnehmer von grossem Nutzen gewesen ist, während der ursprünglich für Schuhmacher geplante Kursus wegen Mangel an Beteiligung nicht zu Stande kam. —

Die Kammer hat in der Berichtszeit auch wiederholt Gelegenheit gehabt, Gutachten über das Handwerk betreffende Fragen abzugeben, so vor allem:

1. über die Frage „ob Fabrik oder Handwerk“ bezüglich der hiesigen Firmen Sonder & Engelke, Albert Limbach und H. Lauer. — In allen drei Fällen äusserte die Kammer sich dahin, dass ein handwerksmässiger Grossbetrieb vorhanden wäre.
2. über den einem gemeinsamen Erlass der Herren preussischen Minister für Handel und Gewerbe, der öffentlichen Arbeiten und des Innern beigelegten Fragebogen, betr. die Einführung des Befähigungsnachweises für die Baugewerbe. — Der Fragebogen wurde nach Umfrage bei allen Baugewerke-Innungen bis auf einige unbedeutende Abänderungen in gleicher Weise beantwortet wie vom Innungsverband deutscher Baugewerksmeister in Berlin.
3. über ein an Herzogliches Staatsministerium gerichtetes Gesuch der Perrückenmachermeister des Herzogtums, betr. die Bildung von zwei besonderen Meisterprüfungscommissionen für das Barbier- und Friseur- auf der einen, und das Perrückenmacherhandwerk auf der andern Seite. — Das Gesuch wurde befürwortet.
4. über die seitens des Rechtsschutzverbandes Deutscher Photographen in München Herzoglichem Staatsministerium eingereichten Entwürfe, betr. Regelung des Lehrlingswesens im Photographengewerbe durch die Handwerkskammern. —

Es wurde Herzoglichem Staatsministerium mitgeteilt, es sei in Anbetracht dessen, dass von der Kammer bereits diesbezügliche Vorschriften erlassen wären, nicht erforderlich, für die Photographen noch specielle Bestimmungen zu erlassen, doch würde sich die Kammer gegebenenfalls hinsichtlich der Vervollständigung des Gesellenprüfungswesens selbstredend nach den vom Verbande gegebenen Directiven gern richten.

5. über ein an Herzogliche Kreisdirection Blankenburg gerichtetes Gesuch des Friseurs I h l o daselbst wegen Einstellung eines Lehrlings. — Das Gesuch wurde nicht befürwortet, weil der p. I h l o das 24. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte.
6. über eine derselben Behörde eingereichte Eingabe der Sattler und Tapezierer des Amtsgerichtsbezirkes Blankenburg, die Gründung einer Zwangsinnung für die genannten Gewerbe betr. — Die Eingabe wurde befürwortet.
7. über ein seitens der Gelbgiesser des Herzogtums bei Herzoglichem Staatsministerium gestellten Antrag wegen Errichtung einer freien Innung. — Nachdem mit einem Vertreter des genannten Handwerks Rücksprache genommen und derselbe den Vorstand damit beauftragt hatte, bei Herzoglichem Staatsministerium für die Errichtung einer Zwangsinnung eintreten zu wollen, wurde das Gutachten dementsprechend erstattet.
8. über den Stand der Fleischversorgung im Kammerbezirk. — Es wurde im Einvernehmen mit sämtlichen Fleischer-Innungen des Herzogtums das Ersuchen an Herzogliches Staatsministerium gerichtet, bei den zuständigen Reichsbehörden dahin vorstellig zu werden, dass in Anbetracht der Fleischteuerung die Grenzen gegen das Ausland, selbstredend unter Einhaltung geeigneter Vorsichtsmassregeln, sobald wie möglich geöffnet würden.

9. über einen seitens des Tarifamtes und des Tarifausschusses des Deutschen Buchdruckervereins bei dem Bundesrat eingereichten Antrag, gemäss Art. VII § 128 Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung für das Buchdruckereigewerbe gesetzliche Vorschriften über die höchste Zahl der für einen Betrieb zulässigen Lehrlinge erlassen und diesen Vorschriften die Lehrlingsskala des Tarifes der Deutschen Buchdrucker zu Grunde legen zu wollen. — Das Gutachten wurde in dem Sinne erstattet, dass die Kammer an sich zwar in Rücksicht auf die für die übrigen Handwerkszweige sich daraus ergebenden Konsequenzen es nicht für ratsam hielte, für das Buchdruckereigewerbe diesbezügliche Ausnahmegesetzbestimmungen zu erlassen, dass sie indess in Anbetracht des gemeinsamen Vorgehens von Principalen und Gehülfen kein Bedenken trüge, den Antrag zu unterstützen, vorausgesetzt, dass die Bestrebungen der Antragsteller den jeweiligen Verhältnissen des Buchdruckereigewerbes entsprächen und allgemein für das ganze deutsche Reich zur Durchführung gelangten. —

Die Kammer hat ferner eine an den Bundesrat gerichtete Petition des Centralverbandes der deutschen Uhrmacher zu Leipzig, Ausführungsbestimmungen zu den §§ 56 und 57 der Reichsgewerbeordnung zu erlassen, laut deren das Feilbieten im Umherziehen mit allen Arten Uhren verboten werden sollte, sowie eine vom Verband deutscher Köche in Berlin an den preussischen Herrn Minister für Handel und Gewerbe gerichtete Eingabe, betr. die Zugehörigkeit der Köche zu den Handwerkern, unterstützt.

Auf Anregung der hiesigen Baugewerken-Innung ist auch Herzogliches Staatsministerium ersucht worden, dahin wirken zu wollen, dass die Justizbehörden angewiesen würden, alljährlich von der Handwerkskammer eine Liste derjenigen Handwerksmeister der verschiedenen Handwerkszweige einzufordern, die geeignet wären, in gerichtlichen Angelegenheiten als Sachverständige bestellt zu werden. Demzufolge ist die Kammer seitens der Aufsichtsbehörde veranlasst, eine diesbezügliche Liste den Justizbehörden alljährlich im Januar zuzustellen.

Die Kammer hat ausserdem, um die Anzahl der im Herzogtum befindlichen Handwerkslehrlinge feststellen und eine Lehrlingsrolle für dieselben anlegen zu können, Herzogliches Staatsministerium um Unterstützung bei dieser Aufgabe gebeten. Dieser Bitte ist ebenfalls stattgegeben, und einem besonderen Antrage zufolge auch die Genehmigung dazu erteilt, dass für Lehrlinge von Nichtinnungshandwerkern eine Einschreibgebühr in Höhe von 4 Mark erhoben würde. Hierüber wird bei Punkt 4 der Tagesordnung event. noch näher verhandelt werden.

Ein ferner an die Kammer gerichtetes Gesuch der Stellmacher-Innung Vorsfelde, dahin wirken zu wollen, dass der Verkauf von Nutzholz im dortigen Forstamte nicht loosweise geschehen, sondern die einzelnen Stämme öffentlich versteigert werden möchten, ist der Herzoglichen Kammer, Direction der Forsten, zur Erledigung übersandt, und daraufhin ein den Wünschen der Antragsteller entsprechender Bescheid erfolgt.

Auf eine auf Veranlassung mehrerer Handwerksmeister zu Braunlage an Herzogliche Kreisdirection Blankenburg gerichtete Eingabe der Kammer, betr. Abänderung des dort bisher seitens der gemeinsamen Ortskrankenkasse zu Hasselfelde bei Erledigung der Kassengeschäfte beobachteten Verfahrens, erhielt die Kammer die Antwort, dass bereits auf Gründung einer besonderen Ortskrankenkasse für Braunlage angesichts der zur Zeit dort herrschenden Missstände Bedacht genommen wäre, und dieselben damit beseitigt werden würden. —

Ich will auch nicht unerwähnt lassen, dass die Kammer sich noch einige Male veranlasst gesehen hat, gegen besonders renitente Innungsmitglieder wegen sogenannter Lehrlingszüchterei einzuschreiten. Es wurde in diesen Fällen der Aufsichtsbehörde der betreffenden Innung entsprechende Mitteilung gemacht, und zweimal seitens derselben die Entlassung der zu viel beschäftigten Lehrlinge verfügt. Ebenso mag noch angeführt sein, dass Herzogliches Staatsministerium auf Ersuchen der Kammer 10 tüchtigen Handwerksmeistern ein Reisestipendium von je 60 Mark zum Besuch der Düsseldorfer Industrie- und Gewerbe-Ausstellung gewährt hat.

In der Berichtszeit haben folgende Sitzungen stattgefunden: 4 Vorstandssitzungen, 28 Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses, 1 Sitzung des Rechnungsausschusses

und 2 Sitzungen des erst kürzlich für diesen Zweck neuconstituirten Ausschusses zur Regelung des Submissionswesens. Die Ergebnisse der letzteren werden bei dem 12. Punkte der Tagesordnung zur Sprache kommen.

Seit der letzten Vollversammlung hat die Kammer auch mehrfach durch Vertretungen an ausserhalb der Stadt Braunschweig anberaumten Versammlungen und Sitzungen teilgenommen, nämlich:

Am 12. December vorigen Jahres, 12. Januar und 5. September dieses Jahres an in Hannover stattgehabten gemeinsamen Konferenzen der Handwerkskammern von Hannover, Harburg, Hildesheim, Osnabrück, Stadthagen und Braunschweig.

Am 30. Januar, 20. October und 25. September dieses Jahres an den in Magdeburg, bezw. Halle a. S. stattgefundenen Sitzungen der „Vereinigten Handwerkskammern Magdeburg, Halle a. S., Dessau und Braunschweig.“

Am 21. Juni dieses Jahres an der in Berlin stattgehabten Sitzung des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister und Vertreter der Handwerkskammern, die Einführung des Befähigungsnachweises für die Baugewerbe betr.

Am 19, 20, 21. und 22. Juli dieses Jahres an den auf ihre Veranlassung einberufenen allgemeinen Handwerksmeisterversammlungen zu Blankenburg, Hasselfelde, Walkenried und Braunlage.

Am 25, 26. und 27. September dieses Jahres an den Verhandlungen des III. Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages zu Leipzig, über die gleich beim nächsten Punkt der Tagesordnung genauer berichtet werden wird.

Ausserdem haben der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende und der Sekretär den am 20. Juni dieses Jahres im Gebäude Herzoglichen Staatsministeriums stattgehabten Beratungen, betr. die Neuregelung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, beigewohnt, dessen Ergebnis seiner Zeit im „Handwerksbote“ und in den meisten Tageszeitungen veröffentlicht worden ist.

Das Journal weist bei Nichtberücksichtigung der periodischen Druckschriften 6713 Nummern, und zwar 2168 Eingänge und 4545 Ausgänge auf.

## **II. Bericht über den III. Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag zu Leipzig.**

Nachdem der Sekretär ganz im Allgemeinen über die Verhandlungen des in den Tagen vom 25.—27. September d. Js. in den „Festsälen des Zoologischen Gartens“ zu Leipzig stattgehabten III. Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages, unter Bezugnahme auf die im „Handwerksbote“ bereits bekannt gegebenen Beschlüsse, referiert, bringt der Vorsitzende jeden einzelnen Punkt der Leipziger Tagesordnung nebst den dazu gefassten Beschlüssen zur Sprache und giebt die entsprechende Aufklärung darüber.

Punkt 1, Regelung des Submissionswesens, und Punkt 3, „Die Eintragung von Handwerkern ins Handelsregister,“ werden einstweilen bis zum Nachmittag zurückgestellt. Zu Punkt 2, „Alters- und Invaliditätsversicherung der selbständigen Handwerker,“ bemerkt der Vorsitzende, er halte das Bestreben, dass eine solche Versicherung durch Reichsgesetze eingeführt werde, an sich für dankenswert, doch vorläufig noch für verfrüht, jedenfalls sei es auch richtiger und für den Meisterstand würdiger, wenn die Gründung einer derartigen Versicherung von den Handwerkern selbst übernommen werde. Da nun aber der VI. Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag sich wieder mit diesem Thema beschäftigen werde, so solle dasselbe auch auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung gesetzt werden. Was sodann die „Sachverständigen aus dem Handwerkerstand“ anlange, so sei diese Angelegenheit für das Herzogtum Braunschweig dadurch erledigt, dass die Kammer, wie schon im Geschäftsbericht erwähnt sei, alljährlich im Januar eine diesbezügliche Liste den Justizbehörden zustellen werde. Hinsichtlich der „Gutachten über den Befähigungsnachweis für die Baugewerbe“ sei der Frage-



bogen bis auf einige unbedeutende Abänderungen in gleicher Weise beantwortet, wie von dem Innungsverband deutscher Baugewerksmeister in Berlin. Zum Punkt 6 betr. „Meistertitel und Lehrlingsanleitung“ teilt der Vorsitzende mit, dass in Leipzig beschlossen sei, eine Eingabe an den Reichstag und Bundesrat zu richten, betr. Abänderung der Handwerker-novelle vom 26. Juli 1897 in dem Sinne, dass künftig nur diejenigen Handwerker, die zur Führung des Meistertitels berechtigt seien, Lehrlinge halten und anleiten sollten. Es entspinnt sich hierbei eine längere Debatte, besonders über die Berechtigung zur Führung des Meistertitels, in deren Verlauf auch verschiedene Missstände und Fälle von unberechtigter Führung dieses Titels, sowie von Nichtbeachtung desselben seitens der Behörden zur Sprache gebracht werden.

Nach Schluss der Diskussion wird von Herrn Neddermeyer noch folgender Antrag gestellt:

„Der Vorstand der Handwerkskammer möge bei Herzogl. Staatsministerium dahin vorstellig werden, dass die Stadtmagistrate und Gemeindevorsteher angewiesen werden, den Innungsvorstehern regelmässig die Namen derjenigen Handwerker anzuzeigen, die sich in dem betreffenden Orte selbständig gemacht haben“.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zum folgenden Punkt „Mittel zur Förderung des Handwerks“ habe der Kammertag zu Leipzig beschlossen, an alle deutschen Bundesregierungen das dringende Ersuchen zu richten, Mittel in ausreichendem Maasse zur wirtschaftlichen Hebung des Handwerks, insbesondere zur Errichtung von Meisterkursen, zur weiteren Ausbildung von Handwerksmeistern, zur Veranstaltung von Ausstellungen mustergiltiger Maschinen und Werkzeuge, zur Errichtung gewerblicher Anskunftsstellen, zur Anregung und Bildung von Kredit-, Rohstoff-, Werk- und Magazinenossenschaften u. s. w. zur Verfügung stellen zu wollen. Seitens der Braunschweigischen Regierung seien der Handwerkskammer schon Mittel für Meisterkurse, Buchführungs- und Kalkulationskurse bewilligt. Die Anschaffung von Maschinen zur Benutzung für einzelne Handwerke sei in Aussicht genommen, er bäte deshalb die verschiedenen in Frage kommenden Innungen darum, diesbezügliche Anträge und Anforderungen bei der Handwerkskammer einzureichen. Seitens der letzteren sei auch geplant, eine ständige Ausstellung von Betriebs- und Werkzeugmaschinen, Materialien, Werkzeugen etc., wenn möglich für alle Handwerksarten, zu veranstalten.

Bezüglich der Tageszeit, in der die Meisterkurse am zweckmässigsten abzuhalten seien, werden aus der Mitte der Versammlung einige Vorschläge gemacht. Mit den Ausführungen des Vorsitzenden ist man indess allgemein einverstanden.

Die zu den drei nächsten Punkten der Tagesordnung „Anerkennung der Prüfungszeugnisse der Fach- und Gewerbeschulen“, „Fachschulen“, sowie „Einführung von Arbeitsbüchern für Gesellen“ gestellten Anträge seien dem Ausschusse des Kammertages zur weiteren Veranlassung und nochmaligen Durchberatung überwiesen. Die Einführung von Arbeitsbüchern sei seines Erachtens sehr gut, vorläufig jedenfalls aber nicht allgemein durchzuführen. „Die Abänderung von § 100 q der Reichsgewerbeordnung“ zu beantragen, sei beschlossen, über „Abschluss des Lehrvertrages zwischen Vater und Sohn“ kein bindender Beschluss gefasst, doch werde dieses Thema beim 3. Punkt der Tagesordnung noch genauer erörtert werden. Für das „Preis ausschreiben für Leit fäden zur Einführung in das für die Gesellen- und Meisterprüfungen erforderliche allgemeine Wissen“ habe der Kammertag dem Ausschusse 800 Mark bewilligt.

Es wird dann noch auf einen aus der Versammlung gestellten Antrag hin beschlossen, jedem Kammermitgliede einen Abdruck des Protokolls des III. Deutschen Handwerks- und Gewerbe-kammertages zugehen zu lassen.

### III. Lehrvertrag zwischen Vater und Sohn.

Hierfür liegt der Versammlung ein Formular vor, das nachstehenden Wortlaut hat:

Handwerkskammer für das Herzogtum  
Braunschweig.

No. . . . der Lehrlingsrolle der  
Handwerkskammer.

No. . . . der Lehrlingsrolle der  
. . . . . Innung zu . . . . .

#### Erklärung.

Vom . . . ten . . . . . 19 . . . ab nehme ich . . . . . meinen Sohn . . . . . , geboren  
am . . . ten . . . . . zu . . . . . , Kreis . . . . . , zur Erlernung des . . . . . -Handwerks  
in die Lehre.

Die Dauer der Lehrzeit beträgt . . . . . Jahre. Dieselbe beginnt am . . . ten . . . . .  
19 . . . und endigt am . . . ten . . . . . 19 . . . .

Ich verpflichte mich, meinen Sohn durch eine gewissenhafte Anleitung zu einem tüch-  
tigen Gesellen heranzubilden und unterwerfe mich ausdrücklich allen gesetzlichen Bestimmungen  
über das Lehrlingswesen, sowie allen Vorschriften, welche seitens der Handwerkskammer- und  
der . . . . . -Innung — zur näheren Regelung des Lehrlingswesens erlassen sind.

. . . . . , den . . . . . 19 . . . .

. . . . .  
(Unterschrift des Vaters.)

Bei meinem heutigen Eintritt in die Lehre meiner Vaters verpflichte ich mich, alle  
Obliegenheiten, welche mir das Lehrverhältnis auferlegt, zu erfüllen, und vor Beendigung  
meiner Lehrzeit die Gesellenprüfung abzulegen, unterwerfe mich auch allen Bestimmungen  
des Gesetzes, sowie allen Anordnungen und Vorschriften der Handwerkskammer — und der  
. . . . . -Innung — soweit dieselben auf das Lehrverhältnis Bezug haben.

. . . . . , den . . . . . 19 . . . .

. . . . .  
(Unterschrift des Lehrlings.)

Auf Antrag des Herrn Griess wird das Formular en bloc genehmigt. Auf eine aus  
der Mitte der Versammlung gestellte Anfrage, in welcher Weise die Kammer das Be-  
auftragtenwesen zu regeln gedenke, giebt der Vorsitzende die Erklärung ab, dass auch  
dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung gesetzt werden solle.

### IV. Einschreibgebühr für Lehrlinge von Nichtinnungshandwerkern.

Der Vorsitzende teilt hierzu mit, es bedürfe, nachdem sämtliche Kammermitglieder  
auf diesbezügliche Anfrage schon schriftlich ihre Zustimmung gegeben, dass für die  
Eintragung der Lehrlinge von Nichtinnungshandwerkern in die Lehrlingsrolle der Hand-  
werkskammer eine Gebühr von 4 Mark erhoben werden solle, und die ministerielle  
Genehmigung dafür schon erfolgt sei, nur noch der formellen nachträglichen Geneh-  
migung der Versammlung. Dieselbe beschliesst demgemäss.

### V. Abänderung des Statuts der Handwerkskammer.

Der Vorsitzende weist die Versammlung darauf hin, das gelegentlich der letzten  
ordentlichen Plenarsitzung einige Kammermitglieder den Wunsch ausgesprochen, es  
möge, wenn die Kammersitzungen mehrere Tage in Anspruch nähmen, für die da-  
zwischen liegende Nacht eine Entschädigung von 4 Mark gewährt, und demgemäss  
§ 3 der Statuten interimistisch entsprechend abgeändert werden. Es wird einstimmig  
beschlossen, dass in § 3 Zeile 8 der Statuten zwischen den Worten „8 Mark für den  
Tag“ und „gewährt“ folgender Satz eingeschoben werde: „und wenn dieselben mehrere  
Tage in Anspruch nehmen, 4 Mark für die Nacht“.

## **VI. Auslosung der mit dem 1. April 1903 ausscheidenden Kammermitglieder.**

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird beschlossen, die Auslosung in der Weise vorzunehmen, dass 5 Vorstands- und 15 Kammermitglieder und damit deren erste und zweite Ersatzmänner, sowie 4 zugewählte Mitglieder auszuschneiden haben. Ferner wird beschlossen, dass künftig auch für die Zugewählten Ersatzmänner gewählt werden sollen. Es werden dann folgende Herren ausgelost und scheiden demgemäss am 1. April aus der Kammer aus:

- a) von den Vorstandsmitgliedern: die Herren Osterloh und Wollenweber aus Braunschweig, Kauffmann aus Wolfenbüttel, Fricke aus Langelsheim, Kaulitz aus Blankenburg.
- b) von den Kammermitgliedern die Herren Kleucker, Kettler, Horney und Wolf aus Braunschweig, Müller und Seubert aus Wolfenbüttel, Cassel aus Schöppenstedt, Neddermeyer und Dressel aus Helmstedt, Meyerhoff aus Königslutter, Rose aus Gandersheim, Schröder und Krüger aus Seesen, Freise aus Holzminden, Winnig aus Blankenburg.
- c) von den Zugewählten: die Herren Limbach, Berger und Rhinow aus Braunschweig, Kühne aus Vechelde.

## **VII. Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung pro 1901/02.**

Der Vorsitzende berichtet, dass laut Protocoll der Sitzungen vom 9. und 10. Juli dieses Jahres seitens des Rechnungsausschusses gegen die vom Rechnungsführer Herrn Göcke aufgestellte Jahresrechnung pro 1. April 1901/02, die mit einem Kassenvorrat von 1897 Mark 39 Pfennig abschliesse, keine Einwendungen gemacht seien. Demgemäss wird dem Rechnungsführer Entlastung erteilt. Im Anschluss hieran wird beschlossen, dass die nächste ordentliche Vollversammlung der Handwerkskammer am 4. Mai 1903 stattfinden solle.

## **VIII. Haushaltsplan pro 1902/03.**

Der Voranschlag, der bereits von Herzoglichem Staatsministerium in Einnahmen und Ausgaben genehmigt, und schon die schriftliche Zustimmung der Kammermitglieder gefunden, weist folgende Hauptpositionen in den Ausgaben auf:

- |                                                            |          |
|------------------------------------------------------------|----------|
| 1. Entschädigung für Wahrnehmung der Geschäfte der Kammer: | 1800 Mk. |
| 2. Reisekosten und Diäten:                                 | 3900 Mk. |
| 3. Gehälter:                                               | 5700 Mk. |
| 4. Miete:                                                  | 1500 Mk. |
| 5. Bibliothek:                                             | 300 Mk.  |
| 6. Anschaffungen für das Bureau:                           | 500 Mk.  |
| 7. Drucksachen, Porti, Depeschen und Bureauunkosten:       | 2500 Mk. |
| 8. Zur Förderung des Handwerks:                            | 500 Mk.  |
| 9. Ausserordentliche Ausgaben und Unvorhergesehenes:       | 300 Mk.  |

Der Haushaltsplan wird mit 17000 Mark im ganzen gegen 18000 Mark im Vorjahre nachträglich formell genehmigt.

## **IX. Neuwahlen.**

- a) des Ausschusses für das Lehrlingswesen.
- b) des Rechnungsausschusses.
- c) des Berufungsausschusses.

Der Vorsitzende beantragt Namens des Vorstandes, die bisherigen Mitglieder der genannten Ausschüsse wieder zu wählen und zwar:

in den „Ausschuss für das Lehrlingswesen“ die Herren Kettler, Burgdorf und Hahn;

in den „Rechnungsausschuss“ die Herren Horney, Wolf und Vehe;

in den „Berufungsausschuss“ die Herren Horney, Berger und Wolf und als deren Ersatzmänner die Herren Kettler, Vehe und Sprötge.

Die Versammlung beschliesst demgemäss.

## **X. Handwerksbote betr.**

Der Vorsitzende bringt hierfür ein Gesuch des Herrn Buchdruckereibesitzers Ernst Fischer aus Wolfenbüttel zur Verlesung. Nach längerer Debatte, an der sich die Herren Rose, Dressel, Kronemann, Fricke, Krüger und der Vorsitzende beteiligen, wird auf Antrag des Herrn Dressel beschlossen, dem Gesuche stattzugeben und dem Verleger des „Handwerksbote“ einen monatlichen Zuschuss von 60 Mark unter der Bedingung zu gewähren, dass künftig keine weiteren Nachforderungen erfolgten.

## **XI. Diplom für langjährige Tätigkeit in ein und demselben Handwerksbetriebe.**

Der Vorsitzende giebt bekannt, die Anregung zu solchen Diplomen sei von der Baugewerken-Innung zu Braunschweig ausgegangen; eine diesbezügliche schriftliche Umfrage bei den Kammermitgliedern habe das Ergebnis gehabt, dass ein Widerspruch gegen die Erteilung eines Diplomes seitens der Handwerkskammer nicht erfolgt sei, demzufolge habe letztere auch schon künstlerische Diplome im Holzschnitt anfertigen lassen, es handle sich jetzt nur noch darum, nach wie langer Tätigkeit ein solches Ehren-Diplom verliehen werden solle.

An der sich hieran anschliessenden Debatte beteiligten sich vor allem die Herren Maring, Cassel und Fricke. Es wird dann beschlossen, dass künftig diejenigen Handwerker, die 10 Jahre und länger in ein und demselben Geschäfte tätig seien, auf besonderen Antrag ihres Arbeitgebers Anerkennungsurkunden für langjährige treue Dienste erhalten sollen.

Im Anschluss hieran wird von Herrn Kettler noch folgender Antrag gestellt:

„Der Vorstand der Handwerkskammer möge bei Herzoglichem Staatsministerium dahin vorstellig werden, dass künftig die Höhe der Beiträge, die zur Handwerkskammer zu zahlen sind und der Termin, bis zu welchem die Einzahlung derselben zu geschehen hat, auf dem Gewerbesteuerzettel mit bemerkt werde.“

Nach einstimmiger Annahme dieses Antrages hält Herr Berger einen längeren Vortrag über den Nutzen und den Wert der Krankenunterstützungskasse — a. G. — der selbständigen Handwerksmeister im Herzogtum Braunschweig. Trotz der bis jetzt erst kleinen Anzahl von Mitgliedern der Kasse, die etwas über 200 betrage, sei dieselbe doch schon sehr nutzbringend gewesen. Zu seinem lebhaften Bedauern sehe er, dass der Kasse immer noch ein gewisses Misstrauen entgegengebracht werde, dasselbe sei gänzlich unberechtigt und müsse schwinden, wenn nicht die Existenz der Kasse in Frage gestellt werden solle. Er wolle deshalb hiermit allen Kammermitgliedern nochmals einzeln dringend ans Herz legen, mehr als bisher für die Kasse zu tun und, wenn sie in ihre Heimat zurückkämen, ordentlich für dieselbe zu werben, damit schon in aller-nächster Zeit der Mitgliederbestand ein grösserer werde. Er hoffe jedenfalls gelegentlich der nächsten Vollversammlung der Kammer einen bedeutend günstigeren Bericht über die Krankenunterstützungskasse erstatten zu können.

Der Vorsitzende ersucht die Kammermitglieder, die Ermahnungen des Herrn Berger zu befolgen und dafür zu sorgen, dass der Krankenunterstützungskasse, die schon jetzt sehr segensreich gewirkt habe, noch zahlreiche neue Mitglieder zugeführt würden.

Sodann kommt der vor Eintritt in die Tagesordnung eingereichte Dringlichkeitsantrag, betr. die Auswüchse der Warenhäuser und Konsumvereine, zur Verhandlung. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

„Die Unterzeichneten ersuchen den Vorstand der Handwerkskammer, folgenden Antrag als dringend zur Sprache zu bringen, und eventuell Schritte bei Herzoglichem Staatsministerinn darin zu tun. Es betrifft die Auswüchse der Waarenhäuser und Konsumvereine, die schädigend in das Erwerbsleben des Handwerkers hineingreifen.“

(17 Unterschriften.)

Herr Hahn begründet den Antrag etwa folgendermassen: Die Klagen der braunschweigischen Handwerker über die Konkurrenz der Warenhäuser und Konsumvereine nähmen kein Ende. Die Auswüchse der genannten Unternehmen würden täglich schlimmer und unerträglicher, die Handwerker würden dadurch schwer geschädigt und in ihrer Existenz bedroht. Viele einstmals gute und blühende Geschäfte seien schon

ruiniert, und noch manche sähen ihrem Untergang entgegen. Leider gäbe es ja in folge der herrschenden Gewerbefreiheit kein Mittel, um die Gründung von Warenhäusern und ähnlichen Unternehmungen gänzlich zu verhindern, immerhin müsste aber die Regierung auf die schweren Schäden, die durch das augenblicklich herrschende Unwesen dem sesshaften Handwerkerstande drohte, aufmerksam gemacht, und seitens derselben versucht werden, dasselbe durch geeignete Massregeln einzuschränken. Er richte deshalb die Bitte an die Kammermitglieder, seinen Antrag anzunehmen.

An der sich daran knüpfenden, sehr umfangreichen Debatte beteiligen sich insbesondere die Herren Bierberg, Kettler, Berger, Kronemann, Meyerhoff, Freise und Dressel; aus derselben ist zu erwähnen, dass namentlich die Bäcker im Kreise Braunschweig und Gandersheim über die Konkurrenz der Konsumvereine sehr klagen. Zur Beseitigung des das ganze sesshafte Handwerk schwer schädigenden Uebels wird von einigen Herren die Einführung einer Umsatzsteuer für Waarenhäuser und Konsumvereine empfohlen, von anderen derartige Massregeln auch wieder als wirkungslos bezeichnet. Nach längerer Aussprache beschliesst die Versammlung im Sinne des Antrages bei Herzoglichem Staatsministerium vorstellig zu werden.

Sodann tritt eine etwa einstündige Frühstückspause ein. Nach Beendigung derselben wird in Gegenwart des Regierungscommissars, Herrn Regierungsrat Dr. Stegemann, der inzwischen erschienen ist, mit der Beratung des letzten Punktes der Tagesordnung „Submissionswesen“ begonnen. Hierfür liegen nachstehende, von der Kommission zur Regelung des Submissionswesens aufgestellten Grundsätze vor:

## **Grundsätze zur Regelung des Submissionswesens.**

### **I. Angebotsverfahren.**

#### **A. Arten der Vergebung.**

##### **a. Die Vergebung aus freier Hand.**

Dieselbe muss eintreten:

Bei Not-Arbeiten, — Unterhaltungs-Arbeiten und -Lieferungen, sowie bei Arbeiten, deren Wert je nach dem Handwerk, 2—500 Mark, bei Maurer-, Zimmerer- und Steinmetzarbeiten 500—1000 Mark nicht übersteigt.

Die Vergebung muss möglichst der Reihe nach im Handwerk erfolgen, und nur ortsansässige Meister dürfen bedacht werden.

Vorstehende Arbeiten können zu festgesetzten Einheitspreisen oder im Tagelohn, je nach Lage des Objectes, vergeben werden.

##### **b. Vergebung in beschränkter Submission.**

Dieselbe muss eintreten:

1. sobald die Arbeit ein künstlerisches Können bedingt,
2. wenn besondere Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen zur Herstellung erforderlich sind,
3. bei Arbeiten, wenn bezüglich dieser bei Ausschreibung kein geeignetes Ergebnis erzielt worden ist,
4. sobald die Arbeit einem Patent unterliegt,
5. sobald das Object den Wert von 5000 Mark nicht übersteigt.

##### **c. Vergebung in öffentlicher Submission.**

1. Die Vergebung muss möglichst getrennt in kleinen Losen nach Handwerkszweigen erfolgen.
2. Die Ausschreibung hat von 1000 Mark ab bei Maurer-, Zimmerer- und Steinhauerarbeiten, von 500 Mark ab bei den übrigen Handwerksarbeiten zu erfolgen.

d. Vergebung an Generalunternehmer.

Diese Form der Vergebung darf nur eintreten, sobald die örtlichen Verhältnisse es bedingen.

e. Vergebung an Handwerker-Corporationen.

Die Vergebung von Arbeiten an Handwerker-Corporationen ist anzustreben.

f. Das gesamte Vergabungsverfahren muss schriftlich und geheim durchgeführt werden.

**B. Feststellung und Art der Submissionsbedingungen.**

1. Die Kostenvoranschläge sollen von der vergebenden Stelle möglichst in der Art aufgestellt werden, dass alljährlich von je 3 Handwerksmeistern der einzelnen Handwerkszweige, die nach Anhörung der Handwerkskammer als Sachverständige zu bestimmen sind, Preisangebote für alle einschlägigen Arbeiten eingeholt werden. Der sich ergebende Durchschnittspreis bildet die Grundlage für alle Vergabungen.
2. Alle Verdingungsunterlagen, Anschläge, Zeichnungen u. s. w. müssen kostenlos abgegeben werden und zwar müssen letztere, sowie die Beschreibungen, Berechnungen, insonderheit Massenberechnungen, sowie die Modelle, Probestücke bei der Ausschreibung bereits fertig den Submittenten zugänglich sein. Ist dieses nicht der Fall, so scheidet diese Arbeit von der Vergebung aus. Die Verdingungsunterlagen sind nach Form, Inhalt und Ausführung so herzustellen, dass sie für die Interessenten ein ebenso klares und übersichtliches, wie erschöpfendes Bild darstellen.
3. Die Zusammenlegung mehrerer, ihrer Natur nach nicht zusammengehöriger Arbeiten oder Leistungen ist unstatthaft. Alle Nebenarbeiten, welche für sich einen besonderen Bestandteil bilden, müssen im Kostenanschlag enthalten sein.
4. Bei öffentlichen Ausschreibungen sollen solche Zeitungen und Blätter gewählt werden, welche eine möglichst Verbreitung gewährleisten. Insbesondere sind in dem Bezirke, wo Fachorgane des Handwerks bestehen, und ein Wettbewerb des Handwerks stattfindet, die Ausschreibungen auch in diesen zu veröffentlichen.

Die Bekanntmachungen müssen diejenigen Angaben vollständig enthalten, welche für die Entschliessungen der Interessenten, ob sie sich an dem Wettbewerb beteiligen wollen, von Wichtigkeit sind.

Es sind darin aufzuführen:

- a. Gegenstand und Umfang der Leistung oder Lieferung nach den wesentlichsten Beziehungen, wobei die Teilung des Gegenstandes nach Handwerkszweigen, Lose u. s. w. hervorzuheben ist; bei Bauausführungen dürfen die behördlich festgestellten Preise weder für einzelne Teile derselben noch in der Gesamtsumme angegeben werden;
  - b. der Termin zur Eröffnung der Angebote;
  - c. die für den Zuschlag erforderliche Frist;
  - d. die Gelegenheit für die Einsichtnahme und eventl. den Bezug der Verdingungsanschlüge, Zeichnungen, Bedingungen u. s. w.
5. Lieferungen, die einem fortlaufenden Bedarf unterliegen, sind auf angemessene, den besonderen Verhältnissen entsprechende Zeitabschnitte, jedoch nicht länger als ein Jahr, zu vergeben.
  6. Die behördlichen Verdingungsanschlüge sind von den Unternehmern mit ihrem Einheits- und Gesamtpreise auszufertigen.
  7. Zwischen Ausschreibung und Eröffnung der Offerten muss ein genügend langer Zwischenraum liegen, und zwar für kleinere Arbeiten 1 Woche, für grössere 2 Wochen.
  8. Die eingelaufenen Angebote werden in dem Eröffnungstermine, zu welchem die Bewerber oder deren Bevollmächtigte Zutritt haben, eröffnet, und aus demselben der Name des Bewerbers und das Angebot desselben mit der Schlusssumme verlesen. Nachgebote sind unzulässig, zu spät eingegangene Angebote bleiben uneröffnet.

## II. Zuschlagsverfahren.

1. Die Submissionsarbeiten sind unter möglichster Berücksichtigung der Gewerbetreibenden des Ortes bzw. des Bezirkes, auf den die Verwaltung der vergebenden Behörde sich erstreckt, nur an solche zu vergeben, welche befugt sind, den Meistertitel zu führen.
2. Von der Submission sind ausgeschlossen diejenigen Submittenten, welche
  - a. ihre Arbeiter unter dem ortsüblichen Tagelohn bezahlen,
  - b. heimatberechtigte Arbeiter, soweit solche vorhanden sind, nicht in erster Linie beschäftigen,
  - c. ihre Arbeiten ganz oder teilweise in Strafanstalten anfertigen lassen,
  - d. Arbeiter und Angestellte in Staatsbetrieben oder ähnlichen Grossbetrieben oder solche, welche Arbeiter dieser Betriebe beschäftigen.Jeder Submittent soll verpflichtet sein, die ihm übertragenen Arbeiten in der Regel in seinem eigenen Geschäfte auszuführen.
3. Ausgeschlossen von der Zuschlagserteilung sind Angebote, welche
  - a. den der Ausschreibung zu Grunde gelegten Bedingungen oder Proben nicht entsprechen,
  - b. nach den von den Bewerbern eingereichten Proben für den vorliegenden Zweck nicht geeignet sind.
4. Der Zuschlag für öffentlich ausgeschriebene Submissionsarbeiten erfolgt an denjenigen Bewerber bzw. diejenigen Handwerker-Corporationen, deren Angebot dem Mittelpreise sämtlicher eingelaufenen Angebote nach unten gerechnet am nächsten kommt, jedoch mit der Massgabe, dass Angebote, die 15% unter dem Kostenanschlage bleiben oder denselben um 10% übersteigen, unberücksichtigt bleiben.
5. Die Zuschlagsfristen sind in allen Fällen, insbesondere aber bei Lieferung solcher Materialien, deren Preise häufigen Schwankungen unterliegen, möglichst kurz zu bemessen. Dieselben dürfen in der Regel den Zeitraum von 2 Wochen nicht überschreiten.
6. Den Bewerbern ist Nachricht zu geben, ob ihr Angebot angenommen oder abgelehnt ist, und zwar innerhalb 14 Tagen nach dem Verdingungstermin.
7. Die mit den Bewerbern abzuschliessenden Verträge müssen bestimmt und klar sein. Die Kosten des Vertragsabschlusses (Stempelkosten) sind von jedem Teile zur Hälfte zu tragen, während die Kosten der Veröffentlichung seitens des Vergebenden zu tragen sind.
8. Die in den Verträgen vereinbarten Arbeiten und Lieferungen dürfen den Kostenvoranschlag quantitativ weder um mehr als 10% übersteigen, noch um weniger als 10% unter demselben bleiben. Ist dies nicht zu vermeiden, so muss in jedem Falle eine neue Preisvereinbarung stattfinden.
9. Die Höhe der vom Unternehmer zu leistenden Cautionen darf nicht mehr als 5% der Gesamtkostensumme betragen, und ist eine bar erlegte Caution zu verzinsen. Cautionen sollen erst bei Objecten von 1000 Mark an eintreten.
10. Vertragsstrafen sind nur auszubedingen, wenn ein erhebliches Interesse an der rechtzeitigen Vertragserfüllung besteht. Die Höhe der Vertragsstrafsätze ist in angemessenen Grenzen zu halten.

## III. Abnahmeverfahren.

1. Für die Ausführung der Arbeiten oder Lieferungen sind ausreichend bemessene Fristen zu bestimmen. Muß bei dringendem Bedarf die Frist für eine Lieferung ausnahmsweise kurz gestellt werden, so ist die besondere Beschleunigung für die zunächst erforderliche Menge vorzuschreiben.
2. Bei einem Ausstande der Arbeiter ist die Lieferungszeit um die Dauer desselben zu verlängern.

3. Die Zahlungen sind aufs äusserste zu beschleunigen. Die Abnahme der handwerksmässigen Arbeiten nach Fertigstellung soll ohne Rücksicht auf die Vollen-  
dung der Gesamtarbeit, auf Antrag des Unternehmers innerhalb 2 Wochen er-  
folgen, und geht dann die Gefahr auf den Auftraggeber über.

Auf geleistete Arbeit soll eine Abschlagszahlung in Höhe von  $\frac{9}{10}$  des Betrages gewährt werden und zwar möglichst binnen 3 Tagen nach gestelltem Antrage. Drei Monate nach Fertigstellung der Arbeiten bzw. der Einreichung der Schlussrechnung ist die Schlusszahlung zu leisten. Bei Nichtzahlung ist der verbleibende Rest mit 5% zu verzinsen.

Die Garantiezeit aller handwerksmässigen Lieferungen darf nicht länger als ein Jahr bemessen werden. Nach Ablauf der Garantiefrist ist die Caution unverzüglich zurückzuerstatten.

4. Bei Streitigkeiten, welche unter den Parteien, sei es durch mangelhafte Aus-  
führung von Arbeiten oder in technischer Beziehung vorkommen, soll zunächst  
die Entscheidung der Vertragsschliessenden angerufen werden. Die Entscheidung  
derselben gilt als anerkannt, falls der Unternehmer nicht binnen 4 Wochen vom  
Tage der Zustellung an anzeigt, dass er auf schiedsrichterliche Entscheidung  
über die Streitigkeiten antrage. Falls über die Bildung des Schiedsgerichts  
durch die besonderen Vertragsbedingungen abweichende Vorschriften nicht ge-  
troffen sind, ernennen die Verwaltung und Unternehmer je einen Schiedsrichter.  
Die Schiedsrichter sollen von der Handwerkskammer vorgeschlagen werden.  
Dieselben sind berechtigt, für den Fall, dass sie nicht unter sich einig werden,  
sich einen Obmann zu wählen.

Der Vorsitzende bringt die Grundsätze Punkt für Punkt zur Verlesung und stellt  
dieselben dann einzeln zur Berathung.

Zum Titel I. Angebotsverfahren A. Arten der Vergebung unter a. wird,  
um etwa entstehende Zweifel auszuschliessen, beschlossen, statt „2—500 Mk.“ zu  
lesen: „200—500 Mk.“ Zu demselben Titel unter b. Ziffer 3 beantragt Herr Krüger  
zwischen den Worten „bei“ und „Ausschreibung“ die Worte „einer öffentlichen“ ein-  
zuschieben. Der Antrag wird angenommen.

Zum Titel I. Angebotsverfahren B. Feststellung und Art der Submissions-  
bedingungen unter Ziffer a. beantragt Herr Krüger statt „Lose u. s. w.“ zu sagen:  
„Losen u. s. w.“

Zum Titel II. Zuschlagsverfahren unter Ziffer 2 stellt Herr Ritzau den  
Antrag, vor dem letzten Absatz noch einzufügen: „e. wegen betrügerischen Bankerotts  
bestraft sind“. Der Antrag wird angenommen.

Zwei weitere von Herrn Meyerhoff und Ritzau hinsichtlich der Ziffern 8 bzw.  
10 gestellten Anträge werden abgelehnt, dagegen der Antrag des ersteren, zum Titel  
III. Abnahmeverfahren unter Abs. 2 statt der Worte „soll eine Abschlagszahlung“  
zu setzen: „sollen Abschlagszahlungen“ einstimmig angenommen.

Schliesslich wird beschlossen, in Ziffer 4 desselben Titels den Satz: „soll zunächst  
. . . . antrage.“ zu streichen und dafür zu sagen: „soll ein Schiedsgericht entscheiden.“  
Danach werden die Grundsätze zur Regelung des Submissionswesens im ganzen ange-  
nommen.

Sodann kommt noch der einstweilen zurückgesetzt gewesene Punkt der Tages-  
ordnung des Leipziger Kammertages „Eintragung von Handwerkern ins Handelsregister“  
zur Besprechung. Hierbei werden aus der Mitte der Versammlung verschiedene An-  
fragen gestellt, die durch Erläuterungen des Herrn Regierungs-Commissars sachgemässe  
Erledigung finden. So fragt Herr Neddermeyer an, aus welchem Grunde kürzlich in  
Helmstedt Handwerker vom Registerrichter aufgefordert seien, sich ins Handelsregister  
eintragen zu lassen. Der Herr Regierungs-Commissar giebt darauf entsprechende Aus-  
kunft, und äussert sich aus diesem Anlass über die Schwierigkeiten, welche aus der  
abweichenden Begriffsbestimmung des Wortes „Handwerk“ im Handelsgesetzbuch und  
in der Reichsgewerbeordnung ergeben. Diese Schwierigkeiten machten eine bestimmte  
Abgrenzung der zur Handelskammer und Handwerkskammer beitragspflichtigen Personen



geradezu unmöglich. Die Handelskammern seien eine Landes-, die Handwerkskammern eine Reichsinstitution. Für jene sei das Handelsgesetzbuch, für diese die Reichsgewerbeordnung massgebend. Auch Herzogliches Staatsministerium sei bisher nicht in der Lage gewesen, eine richtige Scheidung zwischen Fabrik und Handwerk zu finden. Es müsse hier durch eine Aenderung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen unbedingt Wandel geschaffen werden, eher würden die Klagen und Beschwerden nicht aufhören.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende schliesst mit Dankesworten an die Versammlung gegen 5 $\frac{1}{2}$  Uhr Nachmittags die Sitzung.

Im Anschluss an diese Sitzung fand dann das gemütliche Beisammensein der Kammermitglieder statt, dem auch von 7 Uhr ab bis gegen 9 $\frac{1}{2}$  Uhr Abends Se. Excellenz Herr Wirkl. Geh. Rat Hartwig nebst dem Regierungscommissar, Herrn Regierungsrat Dr. Stegemann beiwohnte.

**Der Vorsitzende:**

C. Osterloh.

**Der Sekretär:**

R. Baumgarten.